

**Betreff:**

Integrationsvereinbarung

**Antragstext:**

**Antrag der FDP-Fraktion:**

Der Magistrat wird gebeten,

- a) mitzuteilen, inwiefern die Stadt Wiesbaden bezüglich der zwei im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße ansässigen islamischen Gemeinden ihrer Verpflichtung aus § 7 der Integrationsvereinbarung nachgekommen ist sowie
- b) mitzuteilen, ob Kenntnis darüber besteht, inwiefern die beiden islamischen Gemeinden ihren Verpflichtungen nach § 6 der Integrationsvereinbarung nachgekommen sind.

**Begründung:**

Auch wenn es unter rechtlichen Gesichtspunkten nicht möglich war, die Integrationsvereinbarung zu mehr als einer bloßen Absichtserklärung zu deklarieren, so sollte sie von Beginn an dennoch mehr als ein reines Lippenbekenntnis sein. Es entsteht jedoch zunehmend der Eindruck, dass man sich auf beiden Seiten auf den Lorbeeren des vertragsähnlichen Werkes ausruhen wolle. Um dieses in Deutschland einzigartige Werk auch tatsächlich zu vollziehen, bedarf es eines ständigen Austauschs beider Seiten. Da der Ortsbezirk Westend/Bleichstraße zwei von insgesamt neun islamischen Gemeinden „beheimatet“, die „Vertragsparteien“ der Integrationsvereinbarung sind, besteht ein gesteigertes Interesse daran, zu erfahren, inwieweit die Vereinbarung auch tatsächlich umgesetzt wurde und somit positiv zum Integrationsprozess im Ortsbezirk beigetragen hat.

Wiesbaden, 20.05.2008